



Dringlichkeitsantrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Deutsche Fotovoltaik-Branche erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf am 11.5.2012 im Bundesrat gegen die EEG-Novelle der Bundesregierung zu stimmen und sich für die Anrufung des Vermittlungsausschusses einzusetzen. Gemeinsam mit anderen Bundesländern muss die Landesregierung den existenzgefährdeten Angriff auf die deutsche Fotovoltaik-Branche abwehren.

Begründung:

Der Bundesrat befasst sich am 11.Mai 2012 mit der EEG-Novelle, die ein Ein-spruchs- aber kein Zustimmungsgesetz ist. Für die Einsetzung eines Vermittlungsausschusses ist eine 2/3 Mehrheit der Länder im Bundesrat notwendig. Es gibt mindestens in zwei ostdeutschen Landesregierung sowie in Berlin Überlegungen, der EEG-Novelle der Bundesregierung nicht zustimmen und den Vermittlungsausschuss anzurufen. Mit einer Ablehnung der EEG-Novelle durch die Landesregierung von Schleswig-Holstein im Bundesrat kann es tatsächlich gelingen eine 2/3 Mehrheit für die Anrufung des Vermittlungsausschuss zu organisieren. Damit wird die Chance eröffnet, die deutsche Fotovoltaik-Branche zu erhalten. Wenn die Landesregierung

die von ihr propagierte Energiewende ernst nimmt muss sie sich gegen den Angriff auf die Solarindustrie stellen.

In der deutschen Solarbranche arbeiten ca. 150.000 Menschen, davon sehr viele in mittelständischen Betrieben. In der letzte Woche hat First Solar angekündigt die Werke in Frankfurt/Oder zu schließen. Weltweit steht die Fotovoltaik vor ihrem wirtschaftlichen Durchbruch. Die deutsche Solar-Branche darf nicht abgehängt werden.

Detlef Matthiessen
und Fraktion